

FDP
Die Liberalen



SCHWYZER FREISINN

| | | | | | | | |
|--------------|-------------|------------------|-------|------------------------|-------|--------------------|----|
| Schwyz | 2/3/4/5/6/7 | Aus den Kantonen | 11 | Abstimmungen | 14/15 | Unter Freisinnigen | 22 |
| Page Romande | 10 | Tag der FDP | 12/13 | Vorschau Herbstsession | 16 | Radigal | 23 |

9. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Schwyz

Inhalt

«Der liberale Kompass – er führt uns zum Ziel»

von Marlene Müller

Seite 2

«Sichere Versorgung im Alter – eine Aufgabe für uns alle»

von Sibylle Ochsner

Seite 3

Die FDP sagt deutlich Nein zur Altersreform

von Roger Bürgler

Seite 4

Von den Jungfreisinnigen

Seiten 5 und 6

Seitenblick, die Kolumne

Save your ass – or keep your friends

Seite 5

Dossier Bundesratswahl

Am 20. September entscheidet die Bundesversammlung, wer die Nachfolge von Bundesrat Didier Burkhalter antritt. Die Bundesratswahl verspricht Spannung, die FDP schickt mit Ignazio Cassis, Pierre Maudet und Isabelle Moret drei starke Persönlichkeiten ins Rennen.

Seiten 20 und 21

Fitnesskur für Gesetze, Erlasse und Verordnungen

Läuft etwas schief, wird der Ruf nach einem Gesetz schnell laut. Einmal eingeführt, werden sie kaum mehr hinterfragt. Das ist eine Aufgabe für uns Liberale.

Marlene Müller

Die Regulierungsdichte wird besonders für die KMU eine immer stärkere Belastung. Regulierungen lösen diverse administrative Aufgaben aus wie Formulare ausfüllen für Sozialversicherungen, Formulare für Steuern und Abgaben, Statistiken, Umfragen, Bewilligungen, Fragen in Umweltbereichen, aber auch die Umsetzung von Richtlinien für Arbeitssicherheit und Hygiene. Diverse Studien gehen davon aus, dass rund 10 Prozent des BIP für die Erfüllung aller Regulierungen aufgewendet wird, für einen KMU-Betrieb ist das eine enorme Grösse.

Verbote auch in der Freizeit

Auch in der Freizeit und Familie werden immer mehr Verbote und Regeln erlassen. Ich stelle mir die Frage, ob das überhaupt jemand will? Ausgangsverbote, Rauchverbote, Trinkverbote, Handyverbote, Ausschankverbot, Spuckverbot, Bussen für das Liegenlassen von Abfall – der Bürger wird komplett entmündigt. So muss er nicht einmal mehr selber für sich ent-



scheiden, wenn er etwas falsch macht, es gibt sicher ein Gesetz, das ihm das verbietet. Und eine Kontrolle, die sicherstellt, dass es zukünftig richtig läuft.

Unnötige Gesetze am 24. September ablehnen

Das Bundesrecht verzeichnet in der Zwischenzeit rund 65 000 A4-Seiten, diese Sammlung wächst jährlich um 7 000 Seiten. Ich denke, es ist Zeit, sich

dieses Themas ernsthaft anzunehmen. Ein erster Schritt ist am Abstimmungs-sonntag vom 24. September möglich, indem wir das inzwischen überholte kantonale Gesetz für Wohnbau- und Eigentumsförderung abschaffen. Wir können an jenem Abstimmungs-sonntag auch eine neue Verfassungsbestimmung verhindern, indem wir dem neuen und überflüssigen Verfassungsartikel für Ernährungssicherheit nicht zustimmen.

Präsidialwort von Marlene Müller

Der liberale Kompass – er führt uns zum Ziel

Marlene Müller

Mein erstes Amtsjahr als Parteipräsidentin hat mir vor allem eines gezeigt: Im Kanton Schwyz sind Gräben aufgebrochen, die ich so nicht erwartet habe. Und für die FDP bedeutet das: Es braucht von uns dringend mehr Grabenarbeit, um das Verständnis zwischen Bevölkerung und Politik wieder zu verbessern.

Die Medien schlecken sich die Finger ob den gegenseitigen Anschuldigungen im Parlament, die Regierung wirkt verunsichert und die Linke profitiert. Wir müssen uns ernsthaft fragen, welche Rolle wir dabei spielen oder anders gesagt: Was können wir dazu beitragen, dass diese vertrackte Situation endlich gelöst werden kann, und wie bringen wir unseren Kanton weiter?

Unsere Aufgabe ist es, das Beste für den Kanton Schwyz herauszuholen und uns dabei von unserem liberalen Kompass leiten zu lassen. Dieser Kompass sagt uns: Arbeitsplätze schaffen, KMU stärken, die Lebensqualität erhalten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, für die Zukunft politisieren, die Eigenverantwortung stärken und den Fortschritt ermöglichen. Diese grossen Linien müssen wir verfolgen. Wir dürfen uns nicht ständig in Kleingefechte verwickeln lassen, sondern wir müssen besonnen handeln und unsere grossen Ziele verfolgen. So, wie es sich für eine staatstragende Partei gehört.

Nehmen wir das Heft in die Hand! Seit Jahren beschäftigt sich das Parlament mehrheitlich mit dem Thema Steuern, und die FDP hat sich in dieser Sache immer wieder selber in schwierige Situationen manövriert. Wenn wir eine tragende Rolle spielen wollen – und das ist klar der Anspruch, den ich und unsere Wähler an unsere Partei haben –, dann müssen wir endlich den lösungsorientierten Ton angeben! Um aus dieser Sackgasse zu kommen, braucht es einen bürgerlichen Schulterchluss, bei dem wir den Lead übernehmen.



Ich postuliere, einen Strich unter die Misstrauens-Politik zu ziehen. Nicht das gegenseitige Schlechtmachen soll auf der Tagesordnung stehen, sondern die Vorwärtsbewegung. Besinnen wir uns auf unseren liberalen Kompass, der uns sagt:

– dass wir uns als fortschrittliche Partei klar auch auf andere Themen als nur Steuerpolitik konzentrieren müs-

sen: Innovation, Infrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit, Lebensqualität, Arbeitsplätze, Zukunft.

– Er sagt uns, dass es die FDP mehr denn je braucht, die sich mit Augenmass für alle Bürger im Kanton einsetzt, für uns und für unsere Kinder und Familien.

– Und er sagt uns, dass die FDP als besonnene Mehrheitsbeschafferin sehr

konkret an den Schalthebeln sitzt – wenn wir sie richtig zu bedienen wissen.

Lassen wir uns vom liberalen Kompass leiten und verzichten wir auf unbegründete kleinliche Attacken auf andere Parteien, betreiben wir Sachpolitik, bleiben wir bei den Fakten und beurteilen diese kritisch mit Weitsicht. Liberal und fortschrittlich.

Sichere Versorgung im Alter

Eine Aufgabe für uns alle

Die gesicherte und faire Finanzierung über die drei Säulen unserer Altersvorsorge ist ein dringendes Gebot der Stunde – die Weichen dazu werden am 24. September 2017 gestellt. Ein NEIN ermöglicht eine echte, generationenverträgliche AHV-Revision.

Sibylle Ochsner, Kantonsrätin und Vorstand Spitex Schweiz

Doch die sichere Finanzierung der Altersvorsorge ist nur ein Teil der Herausforderung – die alltägliche Hilfe, Pflege und Versorgung ist ein weiterer, wichtiger Teil. Deren künftige Finanzierbarkeit fordert uns als Gesellschaft. Lösungen sind am Entstehen.

22 Lebensjahre in Pension

Längst ist bekannt, dass demnächst die grossen Jahrgänge ins Rentenalter kommen. Dank stetig steigender Lebenserwartung dürfen sich die Rentner im Schnitt auf weitere 22 Lebensjahre freuen. Diese Tatsache ist grundsätzlich erfreulich, denn noch nie konnte sich eine Gesellschaft auf so viel Lebenserfahrung und Kompetenz abstützen. Andererseits ist diese Entwicklung eine grosse Herausforderung, wenn es darum geht, diese Menschen im Alter zu pflegen. Verschiedene Szenarien rechnen gemäss BA für Statistik für den Kanton Schwyz mit einer Verdoppelung der Menschen im Alter von 65plus bis ins Jahr 2035. Bei Menschen 80plus rechnet man je nach Szenario sogar mit einer Zunahme um 140 Prozent. Eine Verdoppelung der Anzahl Menschen über 80plus bedeutet bei gleichbleibendem Angebot auch eine Verdoppelung der Kosten für Pflege und Betreuung!

Veränderte Familienstrukturen

Neben dieser rein rechnerischen Betrachtungsweise gilt es auch, die veränderten Familienstrukturen zu beachten: Patchwork-Familien und Einpersonenhaushalte sind auch in unserem Kanton keine Seltenheit mehr. Auch die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Elternteile wird sich vermehrt auf die Versorgung von Menschen durch pflegende Angehörige auswirken. Aktuell leisten pflegende Angehörige drei



Sibylle Ochsner

Mal so viele Pflegestunden wie die Spitex. Eine weitere grosse Herausforderung der nächsten Jahre wird somit beim Personalbedarf liegen, um die Verdoppelung der Nachfrage an Pflege und Betreuung zu decken.

Abflachung der Alterskurve in 30 Jahren

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten wird die Anzahl der hochbetagten Menschen aufgrund der Babyboomer-Generation zunehmen. In 30 bis 40 Jahren wird diese Kurve wieder abflachen und später sogar abfallen (vgl. Grafik). Es braucht also Lösungen und Strukturen, die flexibel und finanzierbar sind, den aktuellen Bedürfnissen angepasst und später rückgebaut werden können. Auch wird die kommende Generation 80plus andere, individuellere und vielfältigere Ansprüche haben als die jetzige.

Verschiedene Betreuungsmodelle

Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (OBSAN) hat in seinem Bulletin 13/2016 verschiedene Be-

treuungsmodelle in der Schweiz untersucht. Die bestehenden Modelle «Altersheim» oder «zu Hause mit Spitex» greifen nach Empfehlung des Papiers zu kurz. Insbesondere in der Zentralschweiz gehen Menschen zu früh ins Altersheim, was wir uns als Gesellschaft über kurz oder lang finanziell nicht mehr leisten können. Aufgrund der geänderten Familienstrukturen ist jedoch auch «zu Hause mit Spitex» nicht in jedem Fall die alleinige, richtige oder kostengünstigste Lösung.

Ambulant und stationär – und Stärkung der Eigenverantwortung

Im Kanton Schwyz sind verschiedene neue Modelle am Entstehen, bei welchen ambulante (z. B. Spitex) und stationäre Anbieter (z. B. Altersheime) eng zusammenarbeiten und – ganz wichtig – die Unterstützung durch pflegende Angehörige, durch Nachbarschaftshilfe und Freiwilligenarbeit mit einbeziehen und bei Bedarf entlasten. Es gibt vermehrt Kurzaufenthalte, wo Menschen für ein paar Wochen ins Heim eintreten, bis sie gestärkt und stabilisiert wieder nach

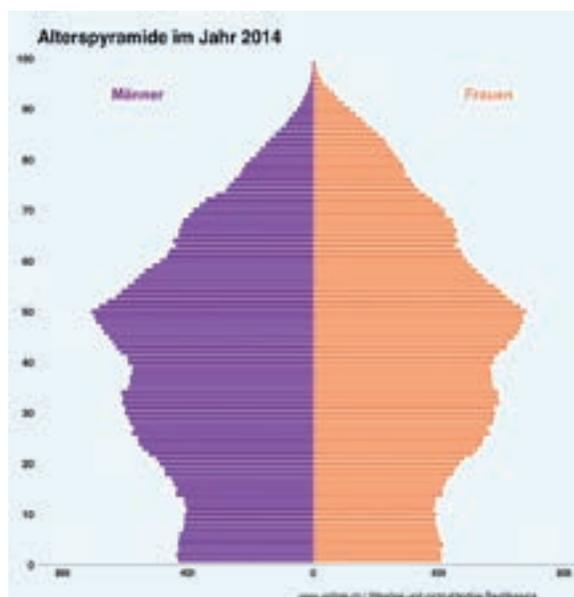
Hause gehen. Es gibt Tages- und Nachtbetreuung, wo pflegende Angehörige entsprechend entlastet werden können. Alterswohnungen mit betreutem Wohnen sind ein weiteres Angebot, wo Menschen im Alter möglichst selbstständig zu Hause leben und Hilfe bei Bedarf als Dienstleistung einkaufen können. Die Spitex wird zudem künftig eine 24-Stunden-Pflege anbieten müssen, um Pflege bis zum letzten Lebenstag (Palliative Care) zu Hause zu ermöglichen.

Pflegewohngruppen als neuer Lösungsansatz

In einer Pflegewohngruppe wird das Prinzip «Normalität» gelebt, trotzdem bietet sie den Bewohnern bei Bedarf Pflege bis zur höchsten Pflegestufe. Dank dem als Grossfamilie gelebten Alltag bietet diese neue Wohnform grössere Selbständigkeit, Mitgestaltungsmöglichkeit und damit Selbstbestimmung bis zum letzten Tag.

Pflegewohngruppen können auch in kleinen Gemeinden, Dörfern oder Tälern entstehen, dort, wo die Menschen gelebt haben und ihre sozialen Kontakte haben. Zusammen mit dem Angebot des betreuten Wohnens kann eine kosteneffiziente Versorgung im Alter angeboten werden; dies mit einer 24-Stunden-Sicherheit. Die Pflegewohnung kann später jederzeit einem anderen Zweck zugeführt und anders genutzt werden. Flexibel und angepasst an den jeweiligen Bedarf.

Jetzt müssen wir die Weichen für eine Versorgung im Alter richtig stellen – mit flexiblen, finanzierbaren und umsetzbaren Lösungen – generationenübergreifend fair.



Delegiertenversammlung

FDP sagt deutlich Nein zur Altersreform

Dass die FDP-Delegierten Nein zur Altersreform 2020 sagten, war keine Überraschung. Dass man sich fast einstimmig gegen den Bundesbeschluss zur Ernährungssicherheit stellt, hingegen schon.

Roger Bürgler

Erstmals fand die Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen des Kantons Schwyz beim jüngsten Sektionsmitglied, der FDP Ybrig, statt. Die beiden Kantonsräte Alois Reichmuth (Oberiberg) und Josef Marty (Unteriberg) waren somit auch Gastgeber der gut besuchten Versammlung im bestens dafür geeigneten «Nordic Hus» in Studen. Alois Reichmuth bedankte sich bei den liberalen Mandatsträgern für die Solidarität gegenüber dem Ybrig, die sich auch im innerkantonalen Finanzausgleich ausdrückt.

«Revision ja, aber nicht diese»

Im Zentrum der Parteiversammlung stand die Parolenfassung für die Altersvorsorge 2020. Dabei kreuzten FDP-Präsidentin und Nationalrätin Petra Gössi als Gegnerin der Vorlage die Klängen mit dem Luzerner CVP-Nationalrat Leo Müller. Dieser wies darauf hin, dass es in den letzten 20 Jahren nicht einmal glückte, eine AHV-Revision zu stemmen. Und eine solche sei zwingend nötig. Diese Meinung teilte auch Petra Gössi: «Aber eben nicht diese Revision. Alleine der Bedarf nach einer solchen rechtfertigt noch keine Annahme.» In den Augen der Küssnacht Nationalrätin ist die AHV-Revision ungerecht für die Alten, die Jungen und auch die Bedürftigen. «Zudem ist dies kein Kompromiss, wie die Befürworter immer betonen, sondern das Diktat einer hauchdünnen Parlamentsmehrheit.» Petra Gössi empfahl, die Reform über die Altersvorsorge 2020 abzulehnen, und versprach, dass von Seiten der FDP bereits diverse Vorstösse in der Schublade lägen, die eine neue und vor allem auch eine wirkliche Revision angehen. Die Delegierten folgten ihrer früheren kantonalen Parteipräsidentin und sagten mit 63:1 Nein zur Reform und mit 62:1 ebenso deutlich Nein zur damit



Überzeugender Auftritt: Der Unteriberger FDP-Kantonsrat Josef Marty war Gastgeber und Referent zugleich.

verbundenen Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Jungliberaler gab Anstoss

Für die Überraschung des Abends sorgte der Wollerauer Jungfreisinnige Jannik Belser. Nachdem Kantonalpräsidentin Marlene Müller (Wollerau) den Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit vorstellte, durfte ein klares Ja erwartet werden. Schliesslich scheint diese Vorlage kaum wirkliche Gegner zu haben. Für Jannik Belser macht der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» hingegen keinen Sinn. Sie sei



Der Luzerner CVP-Nationalrat Leo Müller weibelte für die Altersvorsorge 2020. Die Argumente von FDP-Parteipräsidentin und Nationalrätin Petra Gössi kamen bei den Schwyzer Liberalen jedoch besser an. Mitte: Kantonalpräsidentin Marlene Müller.

schwammig formuliert und verschaffe dem Parlament vor allem wenig sinnvolle Arbeit, meinte der Jungfreisinnige unter anderem. «Ein Gesetz, das nicht unbedingt nötig sei, sei unbedingt nicht einzuführen», zitierte Jannik Belser den französischen Staatsrechtler Charles de Montesquieu. Auch FDP-Fraktionspräsident Dominik Zehnder (Bäch), der Freienbacher Säckelmeister Alain Homberger und FDP-Kantons- und Gemeinderat Ivo Husi (Schwyz) stützten ihren Vorredner mit dem Effekt, dass die Delegierten mit 58:1 Nein zum Gesetzesartikel über die Ernährungssicherheit sagten.

Zweimal Ja zu kantonalen Vorlagen

Nicht überraschend waren die Parolen hingegen bei den zwei kantonalen Vorlagen. Die «Aufhebung des Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung» wurde von FDP-Kantonsrat Josef Marty (Unteriberg) und die «Kündigung der Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen» von FDP-Kantonsrat Roger Züger (Schübelbach) vorgestellt. Für die beiden Vorlagen wurden mit 57:4 beziehungsweise mit 59:4 deutlich die Ja-Parolen gefasst.



Locker und entspannt nach der Sommerpause. Parteipräsidentin Marlene Müller und Finanzdirektor Kaspar Michel.



Petra Gössi im Gespräch mit der früheren Kantonsratspräsidentin FDP-Kantonsrätin Doris Kälin.

BILDER: ROGER BÜRGLER

Jungfreisinnige Kanton Schwyz

Nein zur Altersreform, Ja zur Zukunft

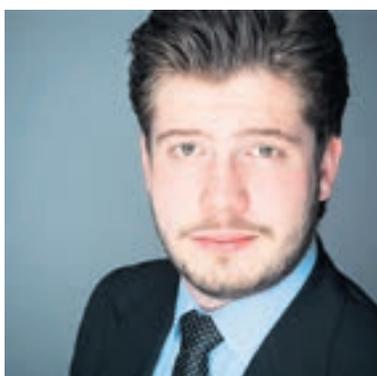
Sie ist eine der wichtigsten Reformen der letzten Jahrzehnte – und eine der notwendigsten: Am 24. September stimmen wir über die Zukunft unserer Renten ab.

Ramon Eberdorfer,
Präsident JFSZ

Bundesrat und Parlament hatten den Auftrag, die strukturellen Probleme zu lösen und das Rentensystem für kommende Generationen zu sichern. Ohne Reform wird die AHV ab 2030 jährlich Verluste von acht bis zehn Milliarden Franken schreiben, und diese Defizite werden aufgrund demografischer Entwicklungen von Jahr zu Jahr grösser. Das Ergebnis aus jahrelangen Beratungen ist ernüchternd: Statt das Rentenalter der deutlich höheren Lebenserwartung anzupassen, wird lediglich das Rentenalter der Frauen um ein Jahr erhöht und damit (endlich) auf das gleiche Niveau der Männer gesetzt.

Die Scheinreform versagt

Damit versagt diese Scheinreform bereits im wichtigsten Punkt. Sämtliche Probleme mit der Altersvorsorge entstehen aufgrund der demografischen Entwicklungen. Wenn die Menschen immer älter werden und das Rentenalter nicht erhöht wird, wird der Rententeil ihres Lebens im Verhältnis zum Beitragsteil immer grösser. Zusätzlich wird es immer mehr Rentner geben, da zum einen der Zeitraum, in dem man Rentner ist, immer länger wird, und die Bevölkerung stetig wächst. Das führt dazu, dass die Kosten eines Rentners auf immer weniger Schultern gestützt



Ramon Eberdorfer

werden. Wenn die Last immer grösser wird, droht das ganze System zu kollabieren. Geschieht das, brauchen wir uns nicht mehr darüber zu streiten, ob der Umwandlungssatz 0,1 Prozent höher oder tiefer sein soll. Dann wird es nämlich gar keine Renten mehr geben.

Symptom- statt Ursachenbekämpfung

Wenn eine Reformvorlage diese fundamentalen Entwicklungen ignoriert, kann sie langfristig gar nicht funktionieren. Die Vorlage, über die wir zu befinden haben, versucht lediglich die Symptome, nicht die Ursache, kurzfristig zu bekämpfen. Dank dem Rentenzuschlag von 70 Franken werden die «Einsparungen» der Reform bald komplett verschlungen sein. Bei einer Annahme stehen wir in ca. zehn Jahren wieder am selben Punkt. Dann haben

wir uns für viel Geld etwas Zeit erkauft, jedoch gleichzeitig weitere Probleme ins Boot geholt: Durch diese Reform geschaffene neue Besitzstände werden kaum mehr rückgängig gemacht werden können – kein Politiker, der wiedergewählt werden will, wagt sich daran.

Dialog mit Fakten gefordert

Was jetzt gefragt ist, ist kein politisches Wunschkonzert. Die Altersvorsorge ist zu wichtig, um sie auf dem Altar politischer Ideologien zu opfern. Es ist höchste Zeit, dass wir einen unvoreingenommenen Dialog führen. Die Politiker haben die Verantwortung, der Bevölkerung Fakten zu präsentieren. Wer glaubt, dass ein Herummummeln an der Mehrwertsteuer und den Lohnbeiträgen wirklich eine Lösung ist, der irrt. Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem man seinen ganzen Lohn an die Vorsorge abgeben muss. Dieser Dialog muss aber bald stattfinden, denn je länger wir warten, desto teurer wird er und desto grösser werden die Lasten, die wir den nächsten Generationen aufbürden.

Nein am 24. September

Ein Nein am 24. September ist nicht der Untergang der Schweiz, wie ihn manche Befürworter der Reform beschwören. Es ist vielmehr eine letzte Chance, endlich eine zielgerichtete Reform zu wagen, welche diesen Namen auch verdient hat. Probleme aufzuschieben gehört definitiv zu den bevorzugten Strategien mancher Politiker. Nach mehr als 20 Jahren Aufschieberei ist es jetzt aber an der Zeit, die Probleme anzupacken. Nicht eine Lösung, die am wenigsten ändert, ist gefordert, sondern eine, die funktioniert. Nein zur Altersreform, Ja zur Zukunft.

Seitenblick, die Kolumne

Save your ass – or keep your friends

Eine Kollegin fragte mich neulich in der Badi, ob ich kurz auf ihre zwei kleinen Kinder aufpassen könnte, während sie das bestellte Essen am Kiosk abhole. Die Aufsicht über nunmehr fünf kleine Kinder – die eigenen dazugezählt –, die in Wassernähe herumtoben, ist bekanntlich keine ungefährliche Sache. Auch aus strafrechtlicher Sicht nicht. Jetzt hatte ich die Wahl: Entweder sichere ich mich ab und sage «Nein, diese Verantwortung ist mir zu gross», oder ich behalte die Kollegin. «Klar schaue ich», sagte ich selbstverständlich.

Gleichartige Fragestellungen, allerdings in etwas weniger entspannter Atmosphäre, erleben wir im Geschäftsleben und in der Politik. Doch hier schlägt das Pendel meist in Richtung Absicherung aus – Kunden und Bürger mit ihren Bedürfnissen bleiben da oftmals auf der Strecke. Das befürchtete Risiko, dass etwas schiefgehen könnte, bestimmt das Vorgehen bei Entscheidungen und die sich eröffnenden Chancen werden ausgeblendet. Beispiele kennen wir alle zur Genüge: Sicherheitsauflagen für Betriebe, Bauvorschriften, der Geschäftsverkehr mit Banken, Kunden und Zulieferern.

Wenn diese Absicherungspolitik nicht hinterfragt und aufgehalten wird, verlieren wir eine grosse Säule der Freiheit: die Eigenverantwortung. Und damit riskieren wir, das erfolgreiche Geschäftsumfeld zu untergraben und politische sowie administrative Abläufe unnötig zu verkomplizieren. Und wir verlieren Freunde, denn die Grundlage von Freundschaften ist das Vertrauen. Absicherungspolitik setzt Misstrauen voraus.

Unterziehen Sie deshalb jede politische Vorlage dem Test, ob es in erster Linie um – vulgär gesprochen – eine «Save your ass»-Vorlage handelt oder um eine Vorlage, die Chancen schafft und Freiräume ermöglicht.

Keynes Hand

Agenda

FDP Kanton Schwyz

23. September 2017: Herbstanlass

21. Oktober 2017: Eidgenössische Delegiertenversammlung

24. Oktober 2017: Kantonale Delegiertenversammlung

FDP Galgenen

16. November 2017, ab 19.00 Uhr: FDP Höck

Jungfreisinnige Kanton Schwyz

Viel heisse Luft und Interpretationsspielraum

Am 24. September stimmen wir über den neuen Verfassungsartikel 104a zur Ernährungssicherheit ab. Es gibt gute Gründe, diesen Artikel abzulehnen, den es gar nicht braucht.

Jannik Belser, JFSZ

Im Jahr 2014 wurde die Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit» des Bauernverbandes eingereicht. Das Parlament befürwortete die allgemeine Stossrichtung der Initiative, konnte ihr allerdings nicht in allen Punkten zustimmen. Somit wurde ein direkter Gegenvorschlag erarbeitet, welcher dem Stimmvolk am 24. September zur Abstimmung vorgelegt wird.

Was bedeutet dieser Artikel wirklich?

Ernährungssicherheit heisst, dass die Schweizer Bevölkerung jederzeit Zugang zu einer ausreichenden Menge gesunder und bezahlbarer Lebensmittel hat. Dies ist heute in der Schweiz der Fall. Mit dem Gegenvorschlag soll dieser Zustand nun auf Verfassungsebene verankert werden. Die Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion sollen gesichert werden, unsere Landwirtschaft soll ressourcenschonend



Jannik Belser

und auf den Markt ausgerichtet sein. Das hört sich ja wunderbar an! Doch der Schein trügt: Was genau ist denn nun eine «nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft»? So ganz genau weiss das niemand. Was ist unter einem «ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln» zu verstehen? Auch darüber lässt sich streiten. Diese Floskeln hören sich zwar toll an, was wirklich dahintersteckt ist allerdings unklar.

Unnötige Vorschriften vermeiden

Der Verfassungstext zur Ernährungssicherheit ist schwammig, er lässt massiven Interpretationsspielraum zu und bringt dem Parlament so nur zusätzliche Konflikte und Probleme anstatt Lösungen.

Die Forderungen des Gegenvorschlages sind heute ohnehin schon erreicht, diese Punkte in die Verfassung aufzunehmen ist schlicht und einfach unnötig. Der Verfassungsartikel bringt nicht einen einzigen Nutzen mit sich! Charles de Montesquieu, französischer Staatstheoretiker aus der Aufklärung und häufig genannter Vater der modernen Verfassung und ihrer Gewaltenteilung, erklärte uns einst: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.» Erinnern wir uns an diese weisen Worte und sagen am 24. September 2017 NEIN zum überflüssigen Gegenvorschlag zur Ernährungssicherheit!

Dies und das ...



Rote Giesskannen sind Petra Gössi suspekt – deshalb schickt sie diese an der Delegiertenversammlung subito zurück an den Absender.



Die erste Blindbewerbung für die Erweiterung des Plakatstell-Teams für den Wahlkampf 2019 ist bereits mit Foto bei der Geschäftsleitung eingetroffen. Danke, Martin, die Qualifikation wird geprüft!



Meh Moscht i Tank! Nach erfolgreichem Zieleinlauf an der RAID Suisse-Paris half Heinz Theiler Daniel Landolt grösseren Schaden zu verhindern und liess den FDP-Tank mit Benzin aus dem beschädigten CVP-Tank füllen. Ein Omen für die nächsten Wahlen?



Ordnung muss sein: René Baggenstos räumt, wenn es sein muss, auch auf dem Urnersee rigoros auf und schleppt alles ab, was im Weg ist!

Einladung zum Herbstanlass

Samstag, 23. September 2017, 11.30 bis ca. 15.00 Uhr
Treffpunkt Säali im Alten Rathaus in Gersau

Geschätzte FDP-Mitglieder und Sympathisanten

Wir freuen uns, Sie mit Familie und Freunden zum diesjährigen Herbstanlass einzuladen.

In diesem Jahr besuchen wir die «altfrye Republik Gersau». Treffpunkt ist um 11.30 Uhr beim alten Rathaus, Dorfstrasse 14, in Gersau, oder alternativ besteht die Möglichkeit, das Schiff ab Brunnen zu nehmen. Wir werden anschliessend einen Apéro im Rathaus einnehmen. Anschliessend geht es auf Erkundungstour – Führung durchs Dorf – in Gersau. Beim gemeinsamen Mittagessen im Restaurant Riviera können dann Kontakte geknüpft und vertieft werden. Nach dem Mittagessen wird uns der Luzerner Ständerat Damian Müller ein Referat halten. Schluss des Anlasses wird ca. 15.00 Uhr sein, dies dann mit individueller Rückfahrt (Bus nach Brunnen).

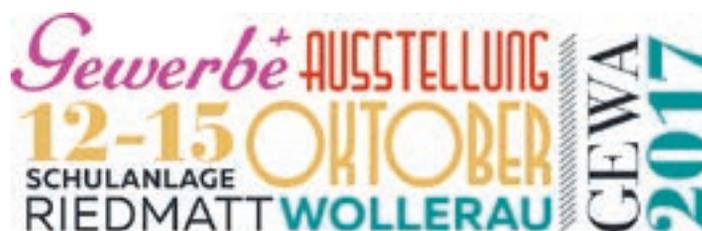
Die FDP freut sich, möglichst viele Mitglieder, Sympathisanten, Ehepartner und Kinder am diesjährigen Herbstanlass begrüßen zu dürfen. Im Preis von 50 Franken (Kinder 6 bis 16 Jahre 25 Franken, Kinder unter 6 Jahren gratis) ist das Essen inbegriffen (Getränke auf eigene Kosten). Der Betrag kann direkt am Anlass bezahlt werden. Über Ihre Anmeldung beim Sekretariat (info@fdp-sz.ch) bis zum **20. September** freuen wir uns sehr.

Mit freundlichen Grüssen

FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Julia Cotti, Sekretärin; Marlene Müller, Präsidentin; René Baggenstos, Mitglied Geschäftsleitung

Save the date!



Dieses Jahr findet die Gewerbeausstellung Wollerau (GEWA) vom **Donnerstag, 12. Oktober, bis und mit Sonntag, 15. Oktober 2017, in der Schulanlage Riedmatt statt.**

Die FDP Wollerau und Feusisberg sind ebenfalls mit einem Stand vertreten. Die Besucher können bei uns mit den «Virtual-Reality-Brillen» in die moderne Welt der Spiele eintauchen. Zudem wird es mit Wettbewerbsfragen und von uns offerierten Getränken ein kommunikatives Zusammentreffen mit der Bevölkerung geben.